

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Generalsekretariat

Josefstrasse 32

8021 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

info@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidg. Finanzverwaltung

FBR/FB

Bundesgasse 3

3003 Bern

4. August 2008

**Ergänzungsregel zur Schuldenbremse (Änderung Finanzhaushaltgesetz)
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme, von der die EVP Schweiz gerne wie folgt Gebrauch macht.

Die EVP steht der vorgeschlagenen Ergänzungsregel skeptisch gegenüber. Natürlich ist es auch für die EVP unbefriedigend, wenn die Verschuldung trotz wirksamer Schuldenbremse zunimmt wegen ausserordentlicher Ausgaben. Immerhin ist dazu festzustellen, dass die Brutto-Verschuldungsquote seit zehn Jahren stabil im Bereich von 25 bis 28% des BIP liegt, Tendenz fallend. Leider stehen noch Altlasten an, resp. haben sich Defizite entwickelt, so bei der Publica, der SBB Pensionskasse und der IV. Diese Probleme sind dringend zu lösen. Die EVP ist der Meinung, dass diese Belastungen durch strukturelle Überschüsse aufgrund einer entsprechenden Finanzplanung oder notfalls durch befristete ausserordentliche Einnahmen zu finanzieren sind. Ganz anders sind Investitionen in die langfristigen Kernaufgaben des Bundes, vor allem in die Infrastruktur zu betrachten. Diesen Ausgaben stehen langfristige Werte gegenüber und entsprechend soll die Finanzierung erfolgen. Dabei kann selbst eine Erhöhung der nominellen Schulden sinnvoll sein, wenn sie in einem vernünftigen Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit (BIP) bleiben.

Demgegenüber erzwingt die Ergänzungsregel eine völlig undifferenzierte Finanzierung von ausserordentlichen Aufgaben – bei Negativsaldo über den ordentlichen Haushalt. Dies birgt die Gefahr einer übermässig restriktiven Finanzpolitik in sich, welche zur Vernachlässigung von Kernaufgaben des Bundes führen könnte, z.B. Bildung und Forschung und Investitionen in die Infrastruktur, oder zu unerwünschten Lastenverschiebungen auf die Kantone. Dazu kommt eine gewisse Manipulierbarkeit des Instruments durch die vom Bundesrat vorgeschlagene Behandlung erheblicher ausserordentlicher Einnahmen.

Die EVP wird eine Ergänzungsregel nur unterstützen können, wenn die genannten Nachteile entschärft werden, z.B. durch längere, ev. differenzierte Kompensationsfristen und durch fallweise politische Entscheide über erhebliche ausserordentliche Einnahmen.

Auf die Beantwortung der detaillierten Fragen verzichtet die EVP.

Herzlichen Dank für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und für Ihre wertvolle Arbeit!

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident
Heiner Studer



Generalsekretär
Joel Blunier